

[Newsletter Oktober]



Inhalt

Artikelübersicht

Editorial	2
„Wenn die Menschen vom Land....“	2
Zum Haushalt 2011: Kundenbindung sinkt	2
Wählen mit 16: Was lange währt, kann trotzdem feige verhindert werden	3
Gemeinschaftsschule ja – aber flächendeckend!	3
Oberhof und unterer Bahnhof	3
Freie Schulen brauchen 100% Förderung und Anerkennung	4
Fehlende Informationen über Thüringer Krankenhaushygiene	4
Plenarfrei [<i>Alles außer Plenum</i>]	5
Wir sehen uns: Klimakonferenz „Frischer Wind für Thüringen“	6



Liebe Freundinnen und Freunde,

die Erwartungen an den Haushalt 2011 waren groß. Dem Haushalt des Übergangs sollte laut Ministerpräsidentin Lieberknecht die tabulose Konsolidierung folgen. Doch nach dem schwarz-roten Verteilungskampf der vergangenen Monate wurde nun ein kopf- und konzeptloser Überschuldungsetat präsentiert, ein zweiter Aufguss des Haushaltes 2010. Auf den Thüringer Schuldenberg von 17 Mrd. Euro sollen weitere 620 Mio. Euro aufgesattelt werden. Doch damit nicht genug! Mit der Globalen Minderausgabe versucht die Landesregierung, dem Parlament grundlegende Rechte zu entziehen.

Mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist eine solche Politik nicht zu machen. Griechische Verhältnisse brauchen wir im Thüringer Haushalt nicht. Nicht nur aufgrund der Erfahrungen mit der

gerade ausgesessenen Krise machen wir uns für eine nachhaltige Haushaltsgestaltung stark, wir können die Nettokreditaufnahme halbieren. Konkrete Vorschläge habe ich bereits im Plenum unterbreitet. Wir müssen die Kreis- und Gebietsreform angehen, wir müssen das teure und ineffektive Landeserziehungsgeld streichen, wir dürfen nicht weiter gedankenlos in Gewerbegebiete investieren. Und Publikationen wie „Hochwassermarken in Thüringen“ lassen sich sofort sparen.

Allerdings haben sich CDU und SPD gemütlich im schwarz-roten Ehebett eingerichtet, um sich gegenseitig Pralinen zuzuschieben. Das kann so nicht weiter gehen! BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden nicht nachlassen, an der Bettdecke zu ziehen.

Freundlich,
Eure Fraktionsvorsitzende

Anja Siegesmund

„BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden nicht nachlassen, an der Bettdecke zu ziehen“.

„Wenn die Menschen vom Land....“

...in die Thüringer Städte ziehen, muss ihnen der Staat folgen.“ Das stammt nicht von einem Oberbürgermeister einer Thüringer „Großstadt“. Der Verfasser ist vielmehr Carsten Meyer, finanzpolitischer Sprecher unserer Landtagsfraktion, der dies in seinem Papier „Haushaltsgrundsätze 2011“ so niederschrieb. „Wer ihn nicht besser kennt, könnte meinen, er hat den ländlichen Raum aufgegeben. Und wenn es so wäre, er befände sich in bester Gesellschaft“, so Dr. Frank Augsten. Erst kürzlich waren sich die ExpertInnen auf der 16. Thüringer Regionalplanertagung in Schmalkalden einig, dass der Wegzug der Menschen vom Land in die Städte zu organisieren sei. Aber: Spart das wirklich Geld? Kosten der unmittelbar damit verbundene Rückbau der dörflichen Infrastruktur und der Neubau in den Städten nicht Unsummen? Und ist, wenn man dieser Entwicklung nichts entgegenstellt, nicht irgendwann eine kritische „Masse“ erreicht, die zwangsläufig zur Entleerung der Dörfer führt? Auch der städtisch geprägten Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN muss klar sein, dass die weitere Entwicklung des ländlichen Raumes für Thüringen existentiell ist, findet Dr. Frank Augsten. „Mit unseren Projekten zur dezentralen Energieerzeugung, zur Migration und zu einer umwelt- und tiergerechten Landwirtschaft zeigen wir: Die Menschen im ländlichen Raum können sich unserer Unterstützung sicher sein!“

Zum Haushalt 2011: Kundenbindung sinkt

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der finanzpolitische Sprecher Carsten Meyer, den Landeshaushalt in ein kleines Bild gepackt. „Ich betrachte die Landesregierung einfach als ein mittelständisches Dienstleistungsunternehmen, denn sie erbringt ja Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger“, erklärte er.

Und seine Analyse folgte prompt: „Die Landesregierung als Dienstleister muss feststellen, dass ihre Kundenbindung seit Jahren sinkt.“ Sie sinkt, weil die Kundschaft altert, sich in ihrer Struktur verändert und sich auf immer weniger Orte konzentriert. Doch wenn sich die Kundschaft ändert, die Produkte aber gleich bleiben, sind sie nicht mehr die Richtigen für die Kundschaft. Die Erlöse decken die Kosten nicht mehr, es fehlt am Geld. Die Nettoneuverschuldung liegt folgerichtig bei 620 Millionen Euro.

Eine Lösung, so Carsten Meyer, könnte die Verbesserung der Qualität der Dienstleistungen sein. Die Regierung aber kürzt genau in den Bereichen, die ganz offensichtlich nachhaltig sind, zum Beispiel bei den Hochschulen. „Man kann davon ausgehen, dass die Kundenzufriedenheit so weiter sinkt.“ Lösung B könnte sein, den laufenden Betriebsaufwand zu senken. Doch die Regierung konzentriert die knappen Mittel beispielsweise auf Neubauten, während beim Bauunterhalt flächendeckend gekürzt wird. Kurz: Der Kapitalstock wird auf Verschleiß gefahren. „Auch eine Möglichkeit, ein paar Jahre über die Runden zu kommen, aber dann irgendwann erwischt es Thüringen umso schlimmer.“

Fazit: Die Regierung bringt das Wissen um die Finanzen und das gesellschaftliche Umfeld nicht zur Deckung. „Und wenn ich das dann wieder in meine Firmenphilosophie übersetze, sie ist als Firma gesehen nur deshalb noch am Markt, weil sie ein Gebietsmonopol besetzt“, betont Carsten Meyer. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich ehrgeizige Sparziele gesetzt und wird alles versuchen, sie zu erreichen. Einsparvorschläge orientieren sich an den Schwerpunkten nachhaltiger Haushaltspolitik: Bildung, Klima und Soziale Gerechtigkeit.



Die innenpolitischen Sprecher Dirk Adams (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Matthias Hey (SPD) – beim Probewählen gemeinsam für die Sache – doch bei der Abstimmung im Plenum trennte sich die Spreu vom Weizen.

Was lange währt, kann trotzdem feige verhindert werden

Das Stigma des Umfallers musste sich in der gestrigen Plenarsitzung die SPD-Fraktion anheften lassen: Trotz „großer Bauchschmerzen“, „Schlechtwerden beim Abstimmen“ und einer Erkenntnis, den falschen Partner zu haben, stimmte sie am 7. Oktober 2010 gegen die Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 und damit gegen ihre eigene Überzeugung.

Sie retteten sich mit dem Koalitionsvertrag und überzeugten doch nicht. Damit wurden sie von einer CDU-Fraktion, die fast schweigend, aber in jedem Fall ohne Argumente, kläglich düpiert. Die Konservativen hielten sich krampfhaft am dünnen Zweig der Unreife und Kriminalitätsneigung von Jugendlichen fest. Dirk Adams, bündnisgrüner Sprecher für Innenpolitik glaubt dagegen eher, „die CDU habe Angst, in den jugendlichen Wählerschichten zu viele Kritiker ihres eigenen miserablen Regierungsstils zu haben“.

Und das zu Recht, wie sich auf einer Demonstration kurz vor der Behandlung unseres Gesetzentwurfes vor dem Landtag zeigte. Dort haben wir eine Probewahl abgehalten, auf der sämtliche TeilnehmerInnen – darunter PolitikerInnen der SPD und der Linken– für unser Anliegen stimmten.

Als unser erster Gesetzentwurf im Plenum behandelt wurde, stellten alle Redner, mit Ausnahme der Konservativen, fest, dass eine etwaige Politikverdrossenheit unter Jugendlichen eher darauf zurückzuführen sei, dass sie kein Mitbestimmungsrecht haben, und nicht umgekehrt. Neben der in vielen Studien erwiesenen Reife von Jugendlichen, die auch mit 16 heiraten dürfen und ab 17 Auto fahren, sahen die Redner vor allem die Gegenseite in der Pflicht: Im 21. Jahrhundert ist es nicht zeitgemäß, den Begriff des Volkes, von dem nach unserer Verfassung alle Gewalt ausgeht, derart eng zu fassen und überdies in vielen norddeutschen Bundesländern anders auszulegen als in Thüringen. Wer Jugendlichen das Recht auf demokratische Teilhabe verwehrt, der steht in der Bringschuld, und diese haben die CDU-Politiker definitiv nicht erfüllt!

[Broschüre **Wählen mit 16** anfordern unter: pressesprecher@gruene-fraktion.thueringen.de]

Oberhof und unterer Bahnhof

Wer in Oberhof aus dem Zug steigt, hat nicht den Eindruck, in einer Tourismushochburg gelandet zu sein. Wer Pech hat, dem ist gerade der Bus vor der Nase weggefahren. Eine Einkehrmöglichkeit am Bahnhof gibt es nicht. Jennifer Schubert wies im Plenum auf den Youtube-Eintrag von Lena Meyer-Landrut hin, die bei dem Besuch der WOK-WM am Bahnhof zunächst einmal strandete. Umso erstaunlicher ist es, dass die Landesregierung in ihrem neuen Konzept für das Wintersport- und Tourismuszentrum Oberhof dem Thema Verkehr ganze neun Zeilen widmet. Einziger Punkt: ein neuer Parkplatz muss her. Grundsätzlich begrüßt die grüne Fraktion das Konzept, insbesondere den Zusammenschluss von Oberhof mit umliegenden Kommunen zu einer Verwaltungsgemeinschaft oder die Versammlung der verschiedenen Sportstätten unter dem Dach einer GmbH. Jennifer Schubert forderte jedoch ein Konzept für die gesamte Rennsteigregion sowie die Schaffung eines attraktiven Nahverkehrsangebots. Der Schwarzwald macht vor, wie es gehen kann. Übernachtungsgäste können gegen einen geringen Aufpreis den ÖPNV kostenlos nutzen.

Gemeinschaftsschule ja – aber flächendeckend!

Nach dem endlich beigelegten Schulstreit zwischen Bildungsminister Christoph Matschie und der Thüringer CDU liegt nun der Entwurf des neuen Thüringer Schulgesetzes vor und wird im Thüringer Landtag beraten. Festgeschrieben werden soll dort die Thüringer Gemeinschaftsschule als eine neue Schulform, in der alle Schülerinnen und Schüler mindestens bis zur 8. Klasse gemeinsam lernen können.

„Wir begrüßen, dass mit der Gesetznovelle das Prinzip des längeren gemeinsamen Lernens nun auch im Schulgesetz verankert werden soll. Wir haben von Anfang an für eine konsequente und flächendeckende Umsetzung geworben. Aber leider wird die Gemeinschaftsschule alles andere als konsequent und flächendeckend eingeführt! Sie wird eine neue Schulart neben vielen anderen bleiben und das gliedrige Schulsystem bleibt weiterhin bestehen. Wir meinen, dass mit der jetzt im Schulgesetzentwurf vorgestellten Doppelreform „Qualitätssiegel-Oberschule“ und „Gemeinschaftsschule“ unübersichtlichere Verhältnisse in die Thüringer Schullandschaft einzuhalten. Wir brauchen jedoch Schulstrukturen, die sich an individueller Förderung und nicht an Selektion orientieren und Schulen, Lehrerinnen und Lehrern den nötigen Raum schaffen, wirklich eine Schule für alle Kinder zu sein“, so Astrid Rothe-Beinlich, bildungspolitische Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag zum aktuell vorgelegten Kabinettsentwurf zum Thüringer Schulgesetz.

„Wir sorgen uns zudem um die Akzeptanz der Gemeinschaftsschule in den CDU-dominierten Landkreisen. Regelrechte Gemeinschaftsschulverbote von CDU-Landräten sollen zwar durch den Entscheidungsvorbehalt des Bildungsministeriums unwirksam werden, kein Schulleiter wird jedoch gegen seinen Landrat vor Ort agieren. Wir meinen die Thüringer Eltern, Lehrer und Lehrerinnen und die Schülerinnen und Schüler brauchen endlich Klarheit und übersichtliche Schulstrukturen“, so Astrid Rothe-Beinlich abschließend.

Freie Schulen brauchen 100% Förderung und Anerkennung

Der Freistaat Thüringen will mit einem neuen Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft die Finanzhilfe für die freien Schulen ab dem nächsten Schuljahr um 2 Mio. Euro kürzen. „Der Anteil der Finanzierung soll von 85 auf 80% zurück gehen. Schon 85% waren wenig - 80% sind noch weniger. Das können wir so nicht akzeptieren! Unsere Solidarität gilt allen SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern sowie Schulträgern, die an so vielen Orten in Thüringen kreativ, bunt und mit Musik und guten Argumenten für gleiche Rechte und Rahmenbedingungen für freie Schulen demonstrieren“, so Astrid Rothe-Beinlich, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag.

„In den weiteren Gesetzesberatungen wird es darum gehen, dass die tatsächlichen Schülerkosten an staatlichen Schulen zur Grundlage für die Finanzierung der freien Schulen werden. Wir meinen, wer den vollen Bildungsauftrag erfüllt, muss auch voll finanziert werden. Zudem sehen wir das Land in der Pflicht, die Schulträger auch finanziell in die Lage zu versetzen, das ihnen vorgegebene Sonderungsverbot auch einzuhalten, um allen Kindern den Zugang zu freien Schulen zu ermöglichen. Wir fordern, dass wesentliche Festlegungen für die freien Schulen im Gesetz selbst und nicht über Rechtsverordnungen verankert werden, um dem Parlament die Mitsprache und zugleich Transparenz zu gewährleisten - dies gilt insbesondere für die staatliche Finanzhilfe. Wir lehnen weitere Bürokratisierungen für die freien Schulen wie bei der Personalauswahl ab. Wir wollen an der Bewährte-Träger-Regelung festhalten - nicht nur, wenn diese Gemeinschaftsschulen auf den Weg bringen wollen. Die Streichung dieser Regelung ist für uns nicht akzeptabel. Denn wir sind überzeugt: Freie Schulen machen Thüringens Bildungslandschaft lebendig und attraktiv. Mit diesem Pfund sollten wir für unser Land als Wiege der Reformpädagogik werben und daher bleiben wir bei unserer Zusage an die freien Schulen, dass wir diesen gleiche Chancen, Rahmenbedingungen und Rechte wie Pflichten garantieren wollen“, so Astrid Rothe-Beinlich abschließend.

Fehlende Informationen über Thüringer Krankenhaushygiene

Anja Siegesmund, Vorsitzende und gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion, lieferte sich in der vergangenen Woche einen Schlagabtausch zum Thema Krankenhaushygiene. Dabei fing alles ganz harmlos an. Anja Siegesmund hatte eine kleine Anfrage zur Thema „Hygiene in Thüringer Kliniken und Arztpraxen“ erarbeitet.

Ausgangspunkt war das Thüringer Krankenhausgesetz, nach dem das zuständige Ministerium ermächtigt wird, durch Rechtsverordnung Einzelheiten zur Krankenhaushygiene zu regeln. Ein Anruf im Gesundheitsministerium ergab allerdings, dass von dieser Möglichkeit in sieben Jahre niemand Gebrauch machte. Und während etwa die Bremer Krankenhaushygieneverordnung mehr als zwei Seiten umfasst, wird sie im Thüringer Krankenhausgesetz in nur zwei Sätzen abgehandelt.

Allerdings meldete das Niedersächsische Landesgesundheitsamt, dass es in Deutschland bei etwa drei bis fünf Prozent der Patienten zu Infektionen kommt, die im zeitlichen Zusammenhang mit ihrem Krankenhausaufenthalt stehen. 20 bis 30 Prozent dieser so genannten nosokomialen Infektionen ließen sich durch geeignete hygienische Maßnahmen vermeiden.

Deshalb fragte Anja die Landesregierung, ob sie über eventuell festgestellte Hygienemängel informiert ist und ob die Gesundheitsämter bei den Krankenhäusern die gesetzlich vorgeschriebenen Niederschriften zu nosokomialen Infektionen angefordert haben. In beiden Fällen hieß es, es lägen keine Informationen vor. „Das Ministerium tappt aus meiner Sicht bei der Krankenhaushygiene im Dunkeln“, sagt Anja Siegesmund dazu.

Die Sozial- und Gesundheitsministerin Heike Taubert (SPD) und der neue Linke und frisch gebackene Sozialdemokrat Dr. Thomas Hartung warfen ihr daraufhin Panikmache vor. Dabei hatten beide nicht verstanden, dass wir gar keine Aussagen über hygienische Zustände in Krankenhäusern und Arztpraxen machen konnten – weil die Landesregierung ja gar keine Informationen dazu hat.

Lesestoff

Spannender als jeder Krimi, findet Jennifer Schubert:
„Kollaps“ von Pulitzerpreisträger Jared Diamond

Warum sind so viele Kulturen untergegangen? Die Wikinger, die Anasazi in Nordamerika, die Kultur der Osterinseln – Diamond analysiert anschaulich und präzise, warum alle sich durch Übernutzung der Umwelt oder Nicht-Anpassung an sich verändernde Umweltbedingungen zu Grunde richteten. Aber er beschreibt auch positive Beispiele wie die Inuit in Grönland und wirft beeindruckende Schlaglichter auf die Probleme des Riesenstaates China oder die Ex-Kolonie Australien. Und was das alles für die Erde und uns bedeutet. Wir müssen uns beeilen.

Die 3 *Carsten Meyer*

Ich höre gerne Musik und auch ziemlich durcheinander. Allerdings merkt man schon, dass ich nicht mehr 20 bin, irgendwann bleiben Bandnamen und Musikstil dann doch stehen. Hier also teilweise neue Musik, aber von älteren Bands.

1. **Chumbawamba: ABCDEFG, 2010**
Das aktuelle Album einer explizit linken Band, aber mit immer sehr hörbarer Musik. Der Titel bezieht sich auf die englische Zählung der Tonleiter. Es soll als Konzeptalbum schlicht über Musik handeln.
2. **Los Lobos: Tin Can Trust, 2010**
Die Band ist nun auch schon jahrzehntelang on Tour. Ich habe sie erst vor etwa 10 Jahren kennengelernt, weil ich Musik aus dem Süden der USA schätze, vor allem, wenn lokale Wurzeln zu erkennen sind. Immer hörbar, oft tanzbar.
3. **Janis Joplin: Pearl, 1970**
Sie ist am 4.10.1970 gestorben, Grund genug, zum 40. Ableben noch einmal daran zu erinnern, was für lebendige Musik sie gemacht hat. Pearl wurde ihre letzte Platte und sicher eine ihrer bekanntesten. Da ist zu hören, was auch bereits von Drogen und Alkohol Beschädigte noch an Kunst machen können.

WIR SEHEN UNS:

...im November zu unserer ersten Klimakonferenz: „Frischer Wind für Thüringen“!

Wann: 17. Und 18. November 2010

Wo: Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Was: Diskussionen, Talks und Foren rund um das Thema Windenergie

Anmeldung, Fragen und weitere Informationen: klimakonferenz@gruene-fraktion.thueringen.de

Facebook, Twitter, Youtube, Landtag – wir sehen uns, wo und wie ihr wollt! Der nächste Newsletter erscheint nach dem November-Plenum.



V.i.S.d.P.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Thüringen
Oliver Will und Theresa Junge
Pressestelle
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt